Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands

Der **Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)** ist der Spitzenverband der von der öffentlichen Hand getragenen Banken in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 62 Mitgliedsinstituten, die sich hauptsächlich aus Landesbanken und bundes- oder landeseigenen Förderbanken zusammensetzen.

Lobbyisten in Ministerien

- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Bundesverband öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB)	
Rechtsform	e.V. (VR 19841, Vereinsregister Berlin)
Tätigkeitsbereich	Finanzlobby
Gründungsdatum	
Hauptsitz	
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de la Joyeuse Entrée 1-5, 1040 Brüssel
Webadresse	www.voeb.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte 1
2 Organisationsstruktur 1
2.1 Vorstand des VÖB 1
2.2 Mitgliedschaft 2
3 Verbindungen und Kooperationen 2
4 Fallbeispiele und Kritik 2
4.1 Lobbyisten in Ministerien 2
5 Weiterführende Informationen 3
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 3
7 Einzelnachweise 3

Kurzdarstellung und Geschichte

Organisationsstruktur

Vorstand des VÖB

- Gunter Dunkel (Präsident), Vorsitzender des Vorstandes NORD/LB
- Christian Brand (Stellv. Präsident), Vorsitzender des Vorstandes L-Bank Staatsbank für Baden-Württemberg
- Otto Beierl, Vorsitzender des Vorstandes LfA Förderbank Bayern
- Dietmar Binkowska, Vorsitzender des Vorstandes NRW.BANK
- Hans-Dieter Brenner, Vorsitzender des Vorstandes Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale
- Thomas Christian Buchbinder, Vorsitzender des Vorstandes SaarLB
- Gerd Häusler, Vorsitzender des Vorstandes BayernLB

- Constantin von Oesterreich, Vorsitzender des Vorstandes HSH Nordbank AG
- Horst Reinhardt, Mitglied des Vorstandes Landwirtschaftliche Rentenbank
- Michael Rüdiger, Vorsitzender des Vorstandes DekaBank Deutsche Girozentrale
- Hans-Jörg Vetter, Vorsitzender des Vorstandes Landesbank Baden-Württemberg
- Stefan Weber, Vorsitzender des Vorstandes Sächsische Aufbaubank
- Georg Fahrenschon, Präsident Deutscher Sparkassen- und Giroverband

(Stand Juni 2013), Quelle: [1]

Mitgliedschaft

Neben ordentlichen Mitgliedern, die nicht gleichzeitig ordentliche Mitglieder eines kreditwirtschaftlichen Verbandes privatrechtlicher Kreditinstitute sein sollen, hat der VÖB auch eine Reihe außerordentlicher Mitglieder. Dazu zählen verschiedene Landesbausparkassen, die Börse Stuttgart, die Postbank und die Kreditanstalt für Wiederaufbau[2].

Verbindungen und Kooperationen

Der VÖB arbeitet

- mit dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken,
- dem Bundesverband Deutscher Banken,
- dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband,
- und dem Verband deutscher Pfandbriefbanken

im Spitzenverband Deutsche Kreditwirtschaft (ZK) zusammen.

Das Büro in Brüssel vertritt die Interessen des VÖB gegenüber europäischen Institutionen. Der Verband ist Mitglied des Europäischen Verbandes Öffentlicher Banken (European Association of Public Banks, EAPB), Brüssel.

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Der VÖB war an der Erstellung einiger Gesetze und Verordnungen des Finanzministeriums beteiligt, sowie durch einen Mitarbeiter im Verkehrsministerium vertreten.

Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen

Zeitraum	01.04.2005 - 31.03.2007[3]
Mitarbeiter	Mitarbeiter der HSH Nordbank als Vertreter des Zentralen Kreditausschusses[4] (Seit 2011: Deutsche Kreditwirtschaft)
	Einsatz im Referat VII B 3[3]; Mitarbeit an folgenden Rechtsetzungsakten: -Gesetz zur Umsetzung der neu gefassten Bankenrichtlinie und der neu gefassten Kapitaladäquanzlinie vom 17.11.2006;

Bearbeitete Themen	-Verordnung über die angemessene Eigenmittelauslegung von Instituten, Institutsgruppen und Finanzholding-Gruppen (Solvolabilitätsverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Erfassung, Bemessung, Gewichtung und Anzeige von Krediten im Bereich der Großkredit- und Millionenkreditvorschriften des Kreditwesengesetzes (Groß- und Millionenkreditverordnung) vom 14.12.2006; -Verordnung über die Liquidität der Institute (Liquiditätsverordnung) vom 14.12.2006

Lobbyisten im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und November 2006, mindestens im November 2006[4][5]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	Mitarbeit in der Taskforce "Public Private Partnership", fachspezifische Fragen der öffentlich-privaten Zusammenarbeit

Weiterführende Informationen

Laut den freiwilligen Angaben im Lobbyregister der EU, hat der VÖB im Geschäftsjahr 2007 zwischen 700.000 € und 750.000 € in direkte Lobbyarbeit bei den EU-Organen investiert.[6]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter Twitter Facebook Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Webseite VÖB - Vorstand abgerufen am 05.06.2013
2. ↑ [1], voeb.de, abgerufen am 20.07.2010
3. ↑ [3,0][3,1] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf eine schriftliche Frage des FDP-Abgeordneten Brüderle zum Einsatz von Beschäftigten aus der Kreditwirtschaft in Bundesbehörden aus der Woche vom 04.05.2009, S. 19ff., Zugriff 19.09.2011
4. ↑ [4,0][4,1] Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
5. ↑ Antwort der Bundesregierung (pdf) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
6. ↑ EU-Lobbyregister, Stand: 24.08.2010